

Vortrag OV Mitte am 28.06.2016

„Gegenwärtige und zukünftige Ausrichtung der CDU – erste Eindrücke aus Kenia“.

Anrede,

- Das Ergebnis der Landtagswahl war auch für mich in der Höhe der Stimmabgaben für einzelne Parteien unerwartet.
- Es ist gut, dass es eine Koalition CDU/SPD/Bündnis 90/Die Grünen gibt. Neuwahlen hatte ich jetzt auch nicht haben wollen. Die angebotene Alternative einer CDU-Minderheitsregierung war und ist nur eine Scheinalternative. Zu viele wichtige Vorhaben müssen möglichst bald beschlossen werden. Spätestens mit dem Abschluss der Beratungen für den Haushalt 2017 wäre eine Minderheitsregierung am Ende. Dann müsste die CDU mit dem Makel einer gescheiterten Regierung in Neuwahlen ziehen.
- Der Koalitionsvertrag beinhaltet neben vielen Selbstverständlichkeiten und vernünftigen politischen Zielen und Vorhaben, schwer und auch nicht ertragbare Vereinbarungen. Dazu im Einzelnen später.
- Die beschlossenen Vorhaben des Koalitionsvertrages, sind nicht finanzierbar. Dies betrifft sogar schon die Summe der Vorhaben, die nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Bullerjahn beziffert bis 2021 ein finanzielles Kassenloch von 6 Milliarden Euro¹ Der neue Finanzminister A. Schröder wird die Suppe auslöffeln müssen und lässt, schon alleine zum Selbstschutz, einen Finanzstatusbericht erarbeiten. Auf der CDU-Landesvorstandssitzung am 03.05.2016 verwies er auf meine Vorhaltungen hin, klugerweise darauf, dass der Koalitionsvertrag neben der Zusage von neuen Ausgaben auch das Konsolidierungsziel ausdrücklich beinhaltet. Damit stehen nicht gleichzeitig erfüllbare Wünsche in einem „Spannungsverhältnis“ zueinander. Dieses kann nur schrittweise aufgelöst werden. Die Koalition wird recht bald zeigen müssen, wie sie methodisch mit diesem Problem umgehen will. Diese bittere Wahrheit muss bald jemand aussprechen. Ein „Schwarzes-Peter-Spiel“ wird dann beginnen.
- Ein Koalitionsvertrag ist ein politischer Vertrag und kein Gesetz. Deshalb ist es rechtlich erst einmal nicht schlimm, einen nicht umsetzbaren und in Teilen hoffentlich nie umgesetzten Vertrag beschlossen zu haben. Das Abschließen nicht umsetzbarer Verträge ist auch nicht neu. Man muss nur von Anfang an einen Plan haben, wie man mit der vorhersehbaren Situation der Nichtumsetzbarkeit politisch umgehen will. Diesen Plan kenne ich nicht. Er wurde in meiner Gegenwart auch nie beraten. Politisch gesehen bleibt die Schwierigkeit, wie mit der offensichtlichen Unaufrichtigkeit dieses Vertragsabschlusses umgegangen werden soll.
- Es gibt eine Entschuldigung für diesen Vertrag: Die heißt: Neuwahlen jetzt sind keine Lösung. Man kann das Volk nicht so lange wählen lassen, bis einem das Ergebnis passt.

Früher war alles einfacher? Wohl auch nicht. Die Probleme waren nur andere.

Ein kleiner Rückblick auf die Anfangsjahre des Landes Sachsen-Anhalt²

Anrede,

¹ Volksstimme vom 09.05.2016

² 20 Jahre CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Zitate aus „Fraktionen und Fraktale“ S. 8-15, CDU-Fraktion im Oktober 2010

„Die CDU-Fraktion der ersten Legislaturperiode in Sachsen-Anhalt verzeichnet drei Fraktionsvorsitzende, zahlreiche Wechsel in den Sprecherfunktionen und das Ausscheiden von 10 Fraktionsmitgliedern³. Eine schwere Belastung der ersten Jahre war die Ungewissheit, ob sich in der Fraktion informelle Mitarbeiter des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR befanden. Berechtigte und vor allem unberechtigte Vorwürfe führten den Zusammenhalt in der Fraktion mehrfach in eine Zerreißprobe und beeinflussten auch die Arbeit der Landesregierung nachhaltig. Der heutige Leser muss sich darüber im Klaren sein, dass in den ersten Monaten und Jahren zum einen die „Aktenlage“ noch unübersichtlich war und sich zum anderen die Stasiunterlagenbehörde erst im Laufe der Zeit allgemein anerkannte Bewertungskriterien erarbeitete.

Trotz dieser Schwierigkeiten konnten in der ersten Legislaturperiode recht zügig die Grundlagen der Staatlichkeit des Landes gelegt und wichtige Gesetze beschlossen werden. Immer wieder wird mit etwas Lächeln vorgetragen, dass so manches Gesetz einem Gesetz aus einem alten Bundesland sehr ähnele. (In der Regierungsvorlage des ersten Landesrundfunkgesetzes stand an einigen Stellen noch aus Versehen das Wort „Niedersachsen“ statt „Sachsen-Anhalt“.) Ich sehe diesen Vorhalt jedoch keineswegs als Mangel, denn in einem föderalen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland darf zum einen erwartet werden, dass sich in zirka 40 Jahren föderalen Wettbewerbs einige gute Gesetze als bewährt herausgeschält haben, zum anderen gibt es gute Beispiele, wie das Parlament eine Regierungsvorlage auch einmal vollkommen umgeschrieben hat. Erinnerung sei an das Hochschulerneuerungsgesetz.“

[...]

Tragisch für die Landesregierung, besonderes einige ihrer Mitglieder war die so genannte „Gehälteraffäre“ Ende 1993⁴. Der Präsident des Landesrechnungshofes monierte, dass einige Mitglieder der Landesregierung nach seiner Auffassung exorbitant überzahlt worden seien. (Man möge sich erinnern, dass zum damaligen Zeitpunkt die „Ost-West-Gehaltsanpassung“ im öffentlichen Dienst bei zirka 60 Prozent lag, in der freien Wirtschaft meist deutlich darunter.) Als junger Abgeordneter des Finanzausschusses und Parlamentarischer Geschäftsführer habe ich damals dunkle Stunden am politischen Abgrund erlebt. Nachhaltig bleibt in meiner Erinnerung, dass während der entscheidenden Beratungen zur Behebung rechtlicher Unsicherheiten in der Besoldung kein „juristischer Beistand“ uns mehr beraten wollte. Unsere Beschlüsse haben aber dennoch gehalten.

[...]

Die zweite Legislaturperiode brachte mit dem so genannten „Magdeburger Experiment“⁵ eine Verhärtung in der politischen Auseinandersetzung, die erst 2002 mit der vierten Legislaturperiode langsam überwunden wurde. Noch in der Wahlnacht des 26.06.1994 erwarteten viele politische Beobachter die Bildung einer Regierung aus CDU und SPD. Die Landes-SPD entschied sich jedoch, auch gegen den Ratschlag der Bundes-SPD, gegen eine Große Koalition. Es kam zu keinerlei ernsthaften Gesprächen der SPD mit der CDU. SPD und Bündnis90/Die Grünen bildeten vorgeblich eine Minderheitsregierung. Die „kluge politische Wahrheit“ sollte sich angeblich jeweils ihre Mehrheiten suchen. Tatsächliche Parlamentspraxis war eine enge Abstimmung mit der PDS.

³ Davon sind 6 Abgeordnete aus dem Landtag ausgeschieden und 4 Abgeordnete haben die Fraktion gewechselt 4 Plöhn, Jürgen: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt: Modellfall oder Sackgasse, Peter Lang Verlag Frankfurt am Main 1996, S. 15 ff.

⁵ Plöhn, Jürgen: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt: Modellfall oder Sackgasse, Peter Lang Verlag Frankfurt am Main 1996

[...]

Die gesamte zweite Legislaturperiode war von verbittert geführten politischen Auseinandersetzungen geprägt. Die CDU-Landtagsfraktion verklagte sogar den CDU-Landtagspräsidenten, da dieser der PDS nicht den Oppositionsstatus bei der Zuweisung parlamentarischer Mittel entzog, denn nach Auffassung der CDU war die PDS keine Oppositionsfraktion mehr.

[...]

Die Wahlen am 26.04.1998 offenbarten die verkorkste Situation in einem desaströsen Wahlergebnis für alle Parteien außer der PDS. Die CDU rutschte auf ein Wahlergebnis von 22,0 Prozent ab. Vollkommen unerwartet zog die rechtsextreme Phantompartei Deutsche Volksunion (DFU) des Münchener Verlegers Eduardo Frey mit 13 Prozent in den Landtag ein. Dieses war offensichtlich ein Wählerprotest, der den demokratischen Parteien „weh tun“ sollte.

[...]

Zirka ein Jahr vor dem Ende dieser Wahlperiode gelang es den politischen Führungen der Fraktion und der Partei, jeweils eigene Ambitionen und auch Eitelkeiten hinten an zu stellen und sich informell auf den Spitzenkandidaten Prof. Dr. Böhmer zu einigen. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Bergner übergab um der Sache willen vorzeitig die Führung der Fraktion an Prof. Dr. Böhmer, der zugleich den Parteivorsitz übernahm. Damit konnte die CDU fachlich-inhaltlich und personell in der Öffentlichkeit geschlossen und neu aufgestellt auftreten. Der SPD mit ihrem Tolerierungspartner PDS blieben zugleich die Erfolge aus.

Das Land erlebte zu den Wahlen am 21.04.2002 eine regelrechte Wechselstimmung, so dass die CDU einen fulminanten Wahlsieg erringen konnte. Die FDP zog wieder in den Landtag ein, die sich während der dritten Legislaturperiode durch Skandale und Nichtstun selbst zerlegte DVU⁶ mit ihren Abspaltungen versank wieder in das Dasein einer Splitterpartei. Damit ähnelte der Beginn der vierten Legislaturperiode in einigen Aspekten der ersten. Einer Koalition von CDU und FDP stand eine Opposition von SPD und PDS gegenüber. Die Grünen bezahlten das „Magdeburger Experiment“ seit 1998 mit ihrer politischen Bedeutungslosigkeit. Auf Seiten der Koalition agierten zum Teil sogar dieselben Personen, die bereits in der ersten Legislatur in Verantwortung standen. Es wurden aber zum Glück einige der Fehler der frühen 90er Jahre nicht wiederholt. Das Klima im Parlament war nicht mehr so vergiftet.

Auch auf Seiten der SPD setzten sich nach und nach Politiker durch, die an einem vernünftigen parlamentarischen Umgang miteinander interessiert waren. So konnten CDU und FDP wichtige Reformen wie beispielsweise eine Kreisgebietsreform umsetzen und Fehlentwicklungen der Vorgängerregierung zum Beispiel in der Schulpolitik korrigieren. (Abschaffung des 13. Schuljahres, wieder klare Orientierung auf ein gegliedertes Schulsystem) Selbst eine Reform der Landesverfassung gelang gemeinsam mit FDP, SPD und PDS.“

2011 konnte die CDU/SPD-Koalition unter Dr. Haseloff fortgesetzt werden. Dieses gehört zur jüngeren Geschichte, die ich heute Abend nicht referieren möchte.

Anrede,

Nun hat mit der Wahl 2016 das Wahlvolk, der Souverän, dem Landesparlament eine schwierige Aufgabe gestellt. Aus dem Ergebnis der LT-Wahl soll es eine stabile und in kurzer Zeit erfolgreiche Regierung

⁶ Siehe z.B. Everhard Holtmann: Die angepassten Provokateure, Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt 2002

bilden. Aber der Souverän muss sich selber die Frage gefallen lassen, ob er die gesellschaftliche Situation mit ihren begrenzten Lösungsmöglichkeiten für bestimmte Entwicklungen richtig einschätzt. Den Souverän als Subjekt gibt es so natürlich nicht, aber lassen Sie mich doch trotzdem einen Augenblick bei dieser schönen sprachlichen Vereinfachung bleiben.

Denn natürlich ist auch das Wahlvolk selbst an diesem Ergebnis nicht unschuldig: Es gibt nach meiner Auffassung in der Bevölkerung eine zu große Ignoranz bezüglich einiger Probleme, die nach meiner Meinung unweigerlich auf Deutschland zu kommen werden und die durch protestieren allein nicht zu lösen sein werden. Deutschland wird sich in den nächsten Jahren erheblich verändern. Die Frage ist nur, ob dieser Prozess halbwegs gesteuert oder überwiegend ungesteuert erfolgen wird. Ich selber bevorzuge nach meiner Mentalität deutlich den geordneten Übergang in neue Verhältnisse.

Der MP Dr. Haseloff will ein „schärferes konservatives“ Profil der CDU. Zitat: „Wir sind inhaltlich und personell viel zu schmal geworden. Wir müssen wieder breiter werden, um den rechten demokratischen Rand für uns zu reklamieren“, sagte er der „Welt vom 04.05.2016“. „Die Philosophie, die CDU solle sich ausschließlich auf die Mitte konzentrieren, muss durchdacht werden.“ Was soll das heißen?

Das Rechts-Links-Schema kann nach meiner Auffassung heute nur noch sehr unbefriedigend unsere gesellschaftliche Wirklichkeit beschreiben. Wer dieses als neuen Lösungsansatz propagiert, verkauft Rezepte aus dem zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts für das 21. Jahrhundert. Dieses wird nicht funktionieren. Einige Beispiele lebenswichtiger Fragen, die nicht in das alte Schema passen:

- Die Frage der nationalen Identität muss in Deutschland neu durchdacht werden. Die Zeit einer weitgehend ethnisch homogenen Bevölkerung wird schon in wenigen Jahrzehnten ablaufen. Sollen wir mit „rechten“ Parolen Donquichotterie betreiben? Es gibt übrigens auch einen „linken“ Nationalismus.
- „Das 21. Jahrhundert wird religiös sein, oder es wird nicht sein“, lautet ein Satz des französischen Philosophen André Malraux (1901-1976). Der Befund einer weitgehend atheistischen Gesellschaft, wie wir sie in Teilen Deutschlands und der Tschechei vorfinden, ist weltweit gesehen eine absolute Ausnahmesituation. Die Stellung zu den Religionen ist keine Frage, die in ein Rechts-Links-Schema oder Schema konservativ versus progressiv einordbar ist.
- Terrorismus ist eine schlimme Entgleisung gesellschaftlichen Handelns. Seine Vorstufe ist der Extremismus. Noch 2005 konnte ich den im LT vertretenen Parteien abhandeln, dass wir uns gegen jede Form des Extremismus, sei er national, rechts, links oder religiös motiviert, wenden.
 - Antrag Fraktionen der CDU, der FDP, der SPD und der PDS vom 24.02.2005 (Drs. 4/2051) „Politischer Extremismus jeder Couleur stellt eine Gefahr für unsere Gesellschaft dar [...] Die jüngsten öffentlichen, geschichtsverfälschenden Auftritte rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen und gewalttätige Ausschreitungen so genannter autonomer Gruppen bedürfen einer angemessenen Reaktion. Politischer Extremismus, egal wie er sich begründen mag, stürzt Völker in das Verderben. Es muss deshalb gesamtgesellschaftliches Anliegen sein zu verhindern, dass sich extremistisches Gedankengut etabliert.“
 - Rede J. Scharf, Landtag von Sachsen-Anhalt • Vierte Wahlperiode • Plenarprotokoll 4/55 • 03.03.2005 S. 412, 413
 - Alternativantrag von CDU, SPD und FDP vom 05.07.2006 (Drs 5/143) „Für den Erhalt der freiheitlich demokratischen Grundordnung muss jede Form von Extremismus entschieden bekämpft werden, weil dieser das freie Miteinander der Menschen gefährdet. Das gilt für den Rechts- und den Linksextremismus ebenso wie für religiös motivierte extremistische Aktivitäten und Einstellungen. Dazu sind auch Maßnahmen zu ergreifen, die der Entstehung extremistischer Einstellungen vorbeugend begegnen.“

- Warum hat das Wort Linksextremismus keinen Eingang in die Koalitionsvereinbarung gefunden, wenn es doch für die CDU so wichtig ist? Ich kann nicht glauben, dass dieses unverhandelbar gewesen sein soll.
- Mitbestimmung und Betriebsverfassung gehören zum Kernbestandteil der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Eine nicht unbedeutende Minderheit in der CDU hat dieses immer für ein ärgerliches Zugeständnis an angeblich „linke“ Politik empfunden. Soll nach Haseloff hier die CDU eine Rollback-Bewegung vollziehen und die über Jahrzehnte austarierte Position aufgegeben werden? Die CDA hätte dann keine Heimat mehr in der CDU. Ich habe zum Glück keinen Hinweis, dass die CDU LSA solches plant.
- Wie ist solide Finanzpolitik in ein Rechts-Links-Schema oder Schema konservativ versus progressiv einzuordnen? Gar nicht. Der so schön einfache Satz: „Die Linken können nicht mit Geld umgehen.“ Beschreibt nur sehr schlecht die von uns erfahrbare Wirklichkeit. Bei der CDU heißt die immer wieder erlebbare Gegenposition: „Wollen wir nun Wahlen gewinnen oder den Linken volle Kassen übergeben?“ Über insgesamt 19 Jahre CDU-Politik von 26 Jahren Sachsen-Anhalt hat es nicht vermocht, den Zustand zu beenden, dass wir unser Land immer noch zu umständlich und damit zu teuer verwalten. Wir haben unter den finanzschwachen Ländern immer noch mit ca. 20 Beschäftigten pro 1000 Einwohner eine der höchsten Personalquoten. Daran sind nicht hauptsächlich die Linken schuld. Es ist auf Dauer nicht einzusehen, warum sich Schleswig-Holstein effektiver verwalten lassen soll als LSA. Das „Zauberwort“, sich dieser Daueraufgabe zu entziehen heißt bei der CDU „aufgabenbezogene Finanzzuweisung“. Der schöne Begriff hilft aber dem Finanzminister überhaupt nicht, sondern soll nur seiner Schwächung dienen.
 - Schröder in einem Pressegespräch am 30.5.2016: „Das Personal-Entwicklungs-Konzept wird noch in diesem Jahr vom Ministerium der Finanzen aktualisiert und fortgeschrieben, um das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel – 18,7 Vollzeitstellen (oder so genannte Vollzeit-Äquivalente = VzÄ) auf 1000 Einwohner im Jahre 2020 – auch erreichen zu können.“⁷
 - Derzeit gültige MIFPLA: „Zum Stichtag 30. Juni 2012 verfügte Sachsen-Anhalt ohne Berücksichtigung der Hochschulen über eine Personalausstattung von 20,0 Vollzeitäquivalenten je 1.000 Einwohner und liegt damit aktuell noch deutlich über dem Durchschnitt der Flächenländer West von 18,0 Vollzeitäquivalenten je 1.000 Einwohner und dem Durchschnitt der Flächenländer Ost von 18,7 Vollzeitäquivalenten je 1.000 Einwohner.“⁸
- Unsere Gesellschaft wird sich in den nächsten Jahrzehnten demografisch erheblich verändern. Beschönigend heißt dies „demografischer Wandel“. Zur Reproduktion des Bestandes einer Gesellschaft sind im Durchschnitt 2,1 Geburten pro Frau notwendig. Wir liegen mit einer Geburtenrate von 1,4 bis 1,5 bei etwa 2/3 dieses Wertes. Wir verlieren mit jedem Generationenschritt, das sind etwa 30 Jahre rund 1/3 der gebärfähigen Bevölkerung. Das ist eine geometrische Reihe. Nach 30 Jahren ist der Stand auf 66% geschrumpft, nach 60 Jahren auf 4/9 etwa 44% nach 90 Jahren auf 8/27 etwa 30%. Der Bestand der Gesamtbevölkerung wird nicht so schrumpfen, da die Lebendgeborenen gegenwärtig eine Lebenserwartung von ca. 80 Jahren mit steigender Tendenz haben. Die Folge wird eine deutliche Überalterung der Gesamtbevölkerung sein. Nichts spricht gegenwärtig dafür, dass sich das Reproduktionsverhalten der deutschen Bevölkerung demnächst dramatisch ändern wird. Da es in den anderen europäischen Ländern kaum anders aussieht, aber in der übrigen Welt dramatisch anders zugeht, werden wir uns auf große Wanderungsbewegungen aus nichteuropäischen Kulturkreisen einstellen müssen. Jedes Gerede über höhere Zäune wird daran nichts ändern. Jedes Gerede über eine gegriffene „Integrationsobergrenze“ hält uns von der Lösung der vor uns stehenden Aufgabe ab. Wenn wir die guten Seiten unseres

⁷ Finanzminister A. Schröder in einem Pressegespräch am 30.5.2016

⁸ Mittelfristige Finanzplanung des Landes Sachsen-Anhalt 2014 bis 2018 S. 13

deutschen Staatswesens, einschließlich seiner sozialen Sicherungssysteme bewahren wollen, müssen wir jetzt und für die nächsten Jahrzehnte eine umfassende Integrationspolitik der nach Deutschland Zugewanderten zur alles entscheidenden Aufgabe erklären, egal, ob mir, uns und anderen das passt oder nicht. Es ist völlig egal, ob diese Frage, die in ein Rechts-Links-Schema oder Schema konservativ versus progressiv einordbar ist.

- Bild der Familie, Kinderbetreuung, Erwerbstätigkeit der Frau: Wer die CDU konservativer machen will, muss sagen, wie er zu diesen angesprochenen Themen steht. Eine gute Kinderbetreuung darf nicht mit einer angeblich „linken“ Gesellschaftsauffassung assoziiert werden.
- Winfried Kretschmann in der Stuttgarter Zeitung vom 5. Mai 2016: „Ein Wort wie Gender werden Sie im Koalitionsvertrag nicht finden. Das geht einfach nicht mit der CDU“⁹. Dr. Haseloff will die CDU konservativer machen. Die Formulierungen im Koalitionsvertrag bzgl. „Gender“ und „LSBTTI“ sprechen eine ganz andere Sprache. Hier blinkt jemand anders als er dann die Kurve nimmt.
- Demografie und soziale Sicherheit: Wie garantieren wir, dass das Einkommen nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben deutlich genug über dem Sozialhilfeniveau liegt? Einfach auf eine rechtzeitige private Alltagsvorsorge zu verweisen, wird nicht genügen, weil es bisher für zu viele nicht ausreichend funktioniert hat. Ist dies ein rechtes oder ein linkes Thema? Ich halte eine dominante umlagefinanzierten Kranken- und Rentenversicherung weiterhin unabdingbar für unser deutsches Sozialsystem. Soll ich, weil ein CDU-Bundesparteitag – und zwar gegen meine Stimme - schon einmal für den Umbau hin zu Kopfpauschale und weitaus stärkerer kapitalgedeckter Finanzierung war, jetzt auch dafür sein, weil es damals als ein ausgesprochen „modernes, konservatives Konzept“ verkauft wurde?
- Bedingungsloses Grundeinkommen. Eine Idee, die ich ablehne. Der frühere Thüringer CDU-MP Dieter Althaus hat sich dafür eingesetzt. Die Schweizer haben darüber negativ in einer Volksabstimmung befunden. Die Finnen wollen dieses als Experiment einführen, um die Kosten des Sozialstaates zu reduzieren. In Deutschland sind die LINKEN dafür. Wie wollen Sie diese Idee in ein Rechts-Links- konservativ-liberales ... Schema einordnen?
- Verbot der grünen Gentechnik: Die Bayrische CSU ist in großen Teilen dafür, genau wie die Grünen, die LINKEN und Teile der SPD aber auch Teile der CDU. Oder ist diese Forderung einfach unsinnig, wie ich meine? Diese Technik ist in der EU nicht verboten. Wir werden mit unserer Haltung das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) aus Gatersleben mittelfristig vergrämen. Im 2013 beschlossenen Grundsatzprogramm der CDU Sachsen-Anhalts kommt die Wortgruppe „grüne Gentechnik“ vorsichtshalber gar nicht erst vor.

⁹ <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-mit-winfried-kretschmann-wer-so-denkt-ist-kein-guter-deutscher.c9ecf323-b37f-4a94-9b5f-a9ed815045b3.html>

Anrede,

Zum Umgang mit der AfD: Der ORF Moderator Armin Wolf aus Österreich, der sich dort einen Namen in der Auseinandersetzung mit der ÖVP gemacht hat, äußert sich im Spiegel vom 25. Mai 2016 wie folgt

Als Moderator bekomme man immer die Empfehlung, die Rechten zu knacken, indem man sie bei ihrer inhaltlichen Leere packe, sagt Wolf, aber das sei leichter gesagt als getan. „Die eigentliche Botschaft dieser Parteien ist im Kern keine rationale, sondern eine emotionale. Sie sagen den Leuten: Ihr seid Opfer, und wir sind die Einzigen, die euch verstehen. Wie wollen Sie dagegen rational vorgehen?“

10

Der Evangelische Arbeitskreis auf Bundesebene hat einen sehr lesenswerten Faktencheck AfD veröffentlicht.¹¹ Als Zusammenfassung ist dort formuliert: „Die AfD zeichnet ein Zerrbild unserer seit 1949 bewährten und stabilen repräsentativen, parlamentarischen Demokratie. Ihre Forderungen zielen letztlich auf einen fundamentalen Umbau unserer bisherigen politischen und rechtsstaatlichen Gesamtordnung.“

Unser Landesvorsitzender Thomas Webel hat dankenswerter Weise auf der Landesvorstandssitzung am 22.06.2016 unmissverständlich erklärt, dass die AfD im Landtag nur provoziert und keinen einzigen konstruktiven Vorschlag unterbreitet. Mit dieser Partei kann es keine Zusammenarbeit geben.

Wir leben in einer multipolaren Welt, die sehr unübersichtlich geworden ist. Bipolare Erklärungsmuster befriedigen zwar einer Sehnsucht nach klaren, einfachen Verhältnissen, können aber einem modernen Politikansatz nicht mehr genügen. Das erschwert zweifellos die Erklärungsarbeit von Politik, die jeder Verantwortungsträger täglich leisten muss.

Aber es gibt nach meiner Auffassung auch eine zulässige Sehnsucht nach Einfachheit: Das sind für mich die klaren Entscheidungen auf der Basis einer christlichen Ethik und diese ist weitgehend in unser Grundgesetz eingeflossen. Verfassungspatriotismus ist der Patriotismus, der heute und in Zukunft gebraucht wird.

Luther sagte. „Die Magd ist sich des rechten Handelns wohl bewusst.“ Man muss also kein Wissenschaftler sein, um in den meisten Situationen Gut und Böse auseinander halten zu können.

Der Landtag von LSA und damit auch das ganze Land stand schon wiederholt im unschönen Licht der Öffentlichkeit. Chance und Risiko liegen in der 7. Wahlperiode dicht beieinander.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch zwei Zitate mit auf den Weg geben:

¹⁰ Der Spiegel vom 25. Mai 2016

¹¹ Wohin führen die Alternativen der AfD? Ein Faktencheck, Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, Stand: Juni 2016

„Dadurch unterscheidet sich der vorausdenkende Staatsmann von dem schwatzenden Pöbel oder der Leidenschaft der Partei, daß er die Elemente der Gefahr von ferne erkennt und ihnen vorzubeugen versucht.“¹²

Die Frage: „Wie sagt man es den Leuten?“ wird eine entscheidende sein, die über Akzeptanz oder Ablehnung entscheiden wird. Altbischof Leo Nowak hat einmal, für mich unübertreffbar gut, formuliert: „Man muss den Menschen die Wahrheit sagen. Aber man muss sie menschenfreundlich sagen.“

Jürgen Scharf

Es gilt das gesprochene Wort.

¹² Leopold von Ranke, Deutscher Historiker, 1795 – 1886, Quelle: Über die Zeiten Ferdinands I. und Maximilians II. zitiert nach http://www.gutzitiert.de/zitat_autor_leopold_von_ranke_thema_staatsmann_zitat_19469.html

Anlage 1

Hinweise des EAK für die Koalitionsverhandlungen zur 7.WP

- Erhalt der abgeschlossenen Staatskirchenverträge und des Staatsvertrages mit der Jüdischen Gemeinschaft
- Absicherung des Reformationsjubiläums
- Große Umsicht bei einer möglichen Erarbeitung eines Staatsvertrages mit muslimischen Gemeinschaften, zuvor gründliche Evaluierung bisher in Deutschland gesammelter Erfahrungen
- Absicherung des wertebildenden Unterrichtes, speziell des Religions- und Ethikunterrichtes, keine Entwicklung in Richtung LER
- Schulen in freier Trägerschaft als gleichberechtigte Schulform verlässlich finanzieren und gegenüber staatlichen Schulen nicht benachteiligen.
- Feststellung, dass Förderschulen inklusive Schulen sind, deshalb Erhalt eines gut ausgestatteten Förderschulnetzes. Ausweitung des gemeinsamen Unterrichtes in allgemeinbildenden Schulen nur in dem Umfang, wie es tatsächlich dem Kindeswohl nutzt.
- Tatsächliche Wahlfreiheit der Eltern für Kindertagesstätten und Schulen gewährleisten, d.h. die Netze müssen eng genug sein, die Kosten müssen tragbar sein.
- Keine Einschränkung des Zuganges von Jugendoffizieren der Bundeswehr zu allgemeinbildenden Schulen als Referenten zum Thema Verteidigungs- und Sicherheitspolitik
- Weiterhin uneingeschränkte Gewährleistung selbst gewählter christlicher Profile von Kindertageseinrichtungen, freien Schulen, caritativen Einrichtungen und Krankenhäusern
- Uneingeschränkte Gewährleistung der positiven Religionsfreiheit, besonders für Christen in Unterkünften für Flüchtlinge
- Keine Novelle des Bestattungsgesetzes, die das bewährte Gesetz aufweicht
- Keine Novelle des Sonn- und Feiertagsgesetzes, die christliche Feiertage abschafft oder herabstuft
- Keine Ausweitung des Ladenöffnungsgesetzes zu Lasten von Familien
- Ehe als Leitbild für unsere Gesellschaft, Ablehnung der Gender-Ideologie
- Verwirklichung einer tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau, Ablehnung der Diskriminierung von Personengruppen aber auch Ablehnung des „Aktionsplanes zur Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen“ LSBTTI. Eine Zustimmung zum Aktionsplan darf nicht zur Voraussetzung von Bewilligungen von staatlichen Förderungen gemacht werden.

Anlage 2

Landtag II von Sachsen-Anhalt • Vierte Wahlperiode • Plenarprotokoll 4/55 • 03.03.2005

Beratung

Netzwerk für Demokratie und Toleranz

Antrag der Fraktionen der CDU, der FDP, der SPD und der PDS - Drs. 4/2051

Einbringer dieses interfraktionellen Antrages ist der Abgeordnete

Herr Scharf. Bitte sehr, Herr Scharf.

Herr Scharf (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist ein Spiegel unserer Zeit. Er drückt aus, dass wir uns erneut und weiterhin der Bekämpfung des politischen Extremismus widmen müssen. Der vorliegende Antrag drückt aber auch aus, dass alle Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt in der Lage sind, in wichtigen Fragen gemeinsam Stellung zu beziehen. Meine Damen

und Herren! Das letzte Jahrhundert war ein Jahrhundert, in dem zwei Kriege die Welt erschütterten. Es hat aber auch die längste Periode in der jüngeren Zeit gebracht, in der Frieden in Mitteleuropa geherrscht hat. Meine Damen und Herren! Sich zu erinnern, ist ein aktiver Vorgang. Geschichte will immer wieder aufs Neue reflektiert werden. Nur dann kann sie für unser Dasein eine normative, handlungsleitende Wirkung entfalten. Wir können uns individuell und wir können uns kollektiv erinnern. Wahrhaftige Erinnerung ist jedoch immer Erinnerungsarbeit. Oft ist diese Arbeit eine Schwerstarbeit. Die Frage, ob wir aus der Geschichte oder ob Völker aus ihrer Geschichte lernen können, ist nach meiner Auffassung bis heute unbeantwortet. Aber auf alle Fälle können Geschichten zeigen, wie Menschen Entscheidungssituationen bestanden haben, aber auch wie sie versagt haben, wie sie in Bewährungssituationen gewachsen sind, wie sie gebrochen sind, wie sie zum Teil zerbrochen sind, aber auch wie sie Kräfte entwickeln konnten, von denen sie vielleicht vorher selbst nichts geahnt haben. Junge Menschen können lernen, dass man sich durch Wissen und Erarbeitung und Aneignung von Werten auf schwere Entscheidungen, die auf jeden im Leben einmal zukommen werden, vorbereiten kann. Deutschland hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts in besonderem Maße mitgeprägt. Die nationalsozialistische Regierung des Deutschen Reiches hat den Zweiten Weltkrieg entfesselt, in dessen Folge Millionen von Menschen umgekommen sind. Der Sieg über das Deutsche Reich und das Herausbilden einer Nachkriegsordnung führten zu Flucht und Vertreibung, deren man sich im Osten Deutschlands bis zum Untergang der DDR nicht öffentlich erinnern durfte. Der nationalsozialistische Rassenwahn wollte ganze Völker ausrotten und hat den Holocaust an den Juden zu verantworten. Meine Damen und Herren! Diese wenigen Sätze wird wahrscheinlich im Landtag von Sachsen-Anhalt niemand bezweifeln. Aber die NPD und andere rechtsextremistische Gruppierung bestreiten oder relativieren diese geschichtlichen Tatsachen. Diese Fälschung der Geschichte darf von allen Demokraten nicht hingenommen werden. (Beifall im ganzen Hause) Dieses Fälschen von Geschichte ist in der Lage, vornehmlich junge Menschen zu verführen. Dieses Fälschen von Geschichte führt zu der Gefahr, dass andere Völker meinen könnten, von Deutschland könnte doch wieder einmal eine Gefahr für andere Völker ausgehen. Deshalb müssen wir allen rechtsextremistischen Verführern konsequent entgegenstehen. (Beifall im ganzen Hause) Unsere offene Gesellschaft, unsere demokratische Gesellschaft ist aber weiteren extremistischen Gefahren ausgesetzt. Der Verfassungsschutzbericht weist auch linksextremistische Straftaten aus. Das Oberlandesgericht in Naumburg hat erst kürzlich einen 26-jährigen Magdeburger wegen Brandstiftung erneut zu zweieinhalb Jahren verurteilt. Er gehörte einer linksextremen Gruppe an. Magdeburg musste in der Nacht zum letzten Sonntag Ausschreitungen nach einem abgesagten Punkkonzert erleben. 50 bis 100 Personen der linken Szene randalierten. Es entstand ein Sachschaden von ca. 100 000 €. 56 Festnahmen und zehn verletzte Personen, davon acht Polizeibeamte, mussten registriert werden. Meine Damen und Herren! Demokraten müssen sich dagegen wehren. (Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP - Zustimmung bei der PDS) Ich muss zu den Kollegen auf den linken Bänken auch sagen: Es gibt weiterhin eine kommunistische Plattform. Solange sich die PDS weigert, sich von dieser zu distanzieren, ist ihre Absage an jegliche Form politischen Extremismus eben nicht voll glaubwürdig. (Beifall bei der CDU und bei der FDP) Meine Damen und Herren! Religiöser Fundamentalismus ist in Sachsen-Anhalt noch nicht so sichtbar, dass wir ihn öffentlich als Problem behandeln. Moscheen und andere Gebetsstätten werden in Sachsen-Anhalt auch nicht per se durch den Verfassungsschutz beobachtet. Aber auch hier ist Wachsamkeit geboten. Wir gehen intensiv der Frage nach, ob sich im Umfeld religiös bedeutsamer Treffpunkte Radikalisierungs- und Rekrutierungstendenzen abzeichnen. Wir müssen auch hier wachsam sein. Das alles heißt: Politischer Extremismus - egal, wie er sich begründen mag - muss entschieden bekämpft werden. (Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung bei der SPD) Das heißt aber auch, dass allen Demokraten die Instrumentalisierung dieses Kampfes gegen Extremismus zur Durchsetzung eigener politischer Ziele untersagt ist. Wenn sich die Landesregierung, der Ministerpräsident und alle Fraktionen des Landtages und der Landtagspräsident sichtbar und hörbar für ein Netzwerk für Demokratie und Toleranz einsetzen, so soll dieses ein Zeichen, eine Ermutigung für die Öffentlichkeit, für alle Kräfte dieses Landes sein, sich allen extremistischen

Bestrebungen entgegenzustellen. Meine Damen und Herren! Demokratie und Toleranz können nicht von oben verordnet werden. Wir können aber Foren eröffnen, damit dem Anliegen engagierter Demokraten eine breite öffentliche Plattform bereitgestellt wird und daraus auf Dauer eine breite demokratische Bewegung im Land Sachsen-Anhalt erwächst. Der Landtag von Sachsen-Anhalt ist zu diesem notwendigen Signal fähig. Sachsen-Anhalt wird auch weiterhin ein Land sein, in dem Demokraten den Extremisten keinen Zentimeter Boden überlassen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung
bei der SPD)